

*Jesús Santrich gehörte dem FARC-Oberkommando und der Verhandlungsdelegation der FARC in Havanna an. Anfang 2018 wurde er verhaftet wegen Verwicklung in Drogengeschäfte. Da die ihm vorgeworfenen Straftaten nach Unterzeichnung des Friedensabkommens stattgefunden haben sollen, kamen ihm nicht die Vergünstigungen der Übergangsjustiz zugute, und es drohte die Auslieferung an die USA, die ein entsprechendes Gesuch gestellt hatten. Nun wurde er aus der Untersuchungshaft entlassen, was auch dazu führte, dass Generalstaatsanwalt Martínez zurücktrat.*

*SEMANA erläutert Hintergründe (16.5.2019).*

### **Santrich und Martínez: Die Wege, auf denen einer aus dem Gefängnis ging und der andere aus der Staatsanwaltschaft**

Dreizehn Monate nach der Verhaftung des Ex-Guerrillachefs hat sein Fall einen unerwarteten Verlauf genommen und löste einen wahren politischen Sturm aus. So verlief dieser umstrittene Vorgang:

Dreizehn Monate nach der Verhaftung Jesús Santrichs im Stadtviertel Modelia in Bogotá nahm sein Fall eine unerwartete Wendung. An dem Morgen, als das Land erfuhr, dass der frühere Kommandant der FARC seine Zelle im Gefängnis La Picota verlassen würde, wurde auch bekannt dass Generalstaatsanwalt Néstor Humberto Martínez sein Büro im „Bunker“ der Staatsanwaltschaft räumen würde. Diese Vorgänge markieren einen entscheidenden Markstein in einem Fall, der ziemlich reich ist an Verwicklungen und Streitigkeiten.

Die öffentliche Phase dieser Geschichte begann, nachdem Anfang April letzten Jahres ein Gericht im Süddistrikt von New York einen Haftbefehl gegen vier Personen erließ: Santrich, Armando Gómez, Fabio Younes und Marlon Marín, Neffe von FARC-Chefunterhändler Iván Márquez. Der Haftbefehl fußte auf Ermittlungen zu einem vermuteten Drogengeschäft, mit dem 10 Tonnen Kokain von Kolumbien in die USA transportiert werden sollten mit Zwischenhändlern vom mexikanischen Drogenkartell von Sinaloa.

An den Ermittlungen wirkten auch zwei Undercover-Agenten der DEA(US-Antidrogenbehörde, A.d.Ü.) mit, die Beweise einholten über stattgefundene Treffen der Beteiligten in den Jahren 2017 und 2018, also nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens. Bei diesen Treffen, so wird angenommen, spielte Santrich die Rolle des kriminellen Netzwerkers. Das Delegationsmitglied der FARC in Havanna verteidigte sich damit, es habe sich um Gespräche über die Arbeit an Agrarprojekten gehandelt.

Seit seiner Verhaftung begann die Polemik. Parteimitglieder der FARC stuften die Operation als Machwerk von DEA und Staatsanwaltschaft ein, mit dem Ziel, das Friedensabkommen zu bekämpfen. Sie riefen alle ehemaligen FARC-Kämpfer dazu auf, weiter zur Demokratie und zur legalen Ordnung zu stehen. Seit seiner Festnahme trat Santrich in einen Hungerstreik, den er über 40 Tage durchhielt.

Nach der Polemik begann die Debatte. Es ging darum, dass die Festnahme mit dem Ziel der Auslieferung erfolgte und darum, ob Santrich in die USA überstellt werden könne oder ob die Vereinbarungen von Havanna dies ausschlossen. Auf der einen Seite standen die, welche verlangten, über die Auslieferung müsse die normale Justiz entscheiden, weil die in Rede stehenden Straftaten nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens begangen worden seien. Auf der anderen Seite standen jene, die signalisierten, die Übergangsjustiz habe zu entscheiden, ob Santrich in den Genuss der Garantie der Nicht-Auslieferung komme, die auch allen anderen früheren Kämpfern laut Friedensabkommen zugute komme und die nur dann aufgehoben werden könne, wenn neue Delikte nach der Unterzeichnung verübt wurden.

Gleich am Anfang übernahm die Übergangsjustiz(JEP) den Fall und stoppte das Auslieferungsverfahren, während Akteure in dem Verfahren ihr Beweismittel zukommen ließen, dass das Verfahren weiterzuführen sei. Die Entscheidung löste Polemik aus und ging sogar bis zum Verfassungsgericht. Dieses höchste Tribunal entschied schließlich, während harte Auseinandersetzungen tobten, dass der JEP Unterlagen vorzulegen seien, anhand derer die JEP das Datum feststellen könne, an dem die mutmaßlichen Delikte stattfanden, und danach sei zu entscheiden, ob Santrich ausgeliefert werden könne oder nicht. Weiterhin wurde entschieden, dass die JEP zu diesem Zweck weitere Beweismittel anfordern könne.

Um das Datum zu ermitteln, bat die JEP die US-Justiz um die Überlassung von Beweismitteln. Und dann begann ein totaler Kuddelmuddel. Die Bitte wurde über das Justizministerium im Dezember 2018 an die USA gerichtet. Mit der nationalen Post wurde die Bitte an das US Department of Justice gesandt. Allerdings erreichte das Dokument nie seinen Empfänger, sondern wurde fehlgeleitet nach Panama. Und das Ministerium erfuhr davon erst fast zwei Monate nachdem das passierte.

Ende Januar bestätigte Justizministerin Gloria María Borrero den Verlust des Schreibens gegenüber Patricia Linares, der Präsidentin der JEP. Dann wurde der Fall von den Kontrollinstanzen untersucht. Am 1.März ging endlich die Antwort aus den USA ein. Darin hieß es, man überstelle keinerlei Material im Fall Santrich, weil dies bedeuten würde, dass die Regierung die Unabhängigkeit der Justiz beeinträchtige. Daraufhin ordnete die JEP an, den Zeitraum für die Sammlung von Beweisen zu beenden und widmete sich der Aufgabe zu entscheiden, was mit der Auslieferung passieren sollte.

Während man entschied, so zu verfahren, geschah ein weiterer Skandal, der dem Fall Santrich einen grundlegenden Schlag versetzte. Am 1.März nahm die Staatsanwaltschaft den früheren Senator Luis Alberto Gil fest, der wegen politischer Verbindungen zum Paramilitarismus verurteilt war, sowie Carlos Bermeo, Staatsanwalt bei der Übergangsjustiz, nachdem dieser Geldbündel von einem Undercover-Agenten angenommen hatte, der diese registriert hatte. Ursprünglich versicherte die Staatsanwaltschaft, das Geld habe zu einer Bestechungssumme von einer halben Million US \$ gehört, mit der zugunsten Santrichs Einfluss genommen werden sollte auf das Verfahren über die Auslieferung an die USA. Allerdings wurde diese Beziehung zu dem Bestechungsgeld im Fall Santrich nicht erwähnt, als über die

Inhaftnahme von Bermeo und Gil beim Haftrichter entschieden wurde. Hinzu kam die Stellungnahme des Prokurators, dessen Vertreter versicherte, es gebe keinerlei Anzeichen, die auf Santrich hindeuteten. Dies stellte die Staatsanwaltschaft an den Pranger bezüglich ihrer anfänglichen Erklärungen.

Bei dieser ganzen Tour nahm der Fall Santrich einen bestimmenden politischen Hintergrund an. Als die JEP die hohen Ränge der Guerrilla vorlud, erklärten einige von ihnen, z.B. El Paisa, Iván Márquez und Romaña, ihnen fehlten juristische Garantien, wenn sie sich präsentieren sollten. Und als Beispiel führten sie immer wieder den umstrittenen Prozess ihres Waffenbruders an. Seitens der Uribisten (Anhänger des früheren Präsidenten A.Uribe, A.d.Ü.) wurde vorgebracht, die Einmischung der JEP richte sich gegen das Rechtsinstrument der Auslieferung und somit auch gegen die Bekämpfung des Drogenhandels. So führte der Fall auch zu einem Schlagabtausch zwischen der Übergangs- und der normalen Justiz.

Mit drei Stimmen dafür und zwei Stimmen dagegen entschied diesen Mittwoch endlich die Revisionskammer der Übergangsjustiz. Das Gericht lehnte das Gesuch zur Auslieferung Santrichs ab und ordnete darüber hinaus seine Freilassung an. Die JEP sicherte ihm die Nichtauslieferung zu, weil sie sich wegen der schwachen Beweislage, die ihr zur Verfügung stand, nicht in der Lage sah, sich festzulegen, ob das vermutete Drogengeschäft, das Santrich zugeschrieben wird, tatsächlich erst nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens strafrechtlich relevant wurde.

Außerdem übersandte die JEP Kopien der Unterlagen an den Hohen Rat der Judikatur(Kontrollinstanz für die Justiz, A.d.Ü.), damit dieser das Handeln der Staatsanwaltschaft untersuchen solle, angesichts „angezeigter Unregelmäßigkeiten“. In dem Urteil, das die Lage des früheren Guerrillachefs klärt, äußern die Richter starke Zweifel hinsichtlich des Vorgehens der DEA und signalisieren, dass Agenten, die dieser US-Behörde angehören, in Kolumbien Straftaten begangen haben könnten.

Dieses Paket von Entscheidungen hatte bereits am Mittwochmorgen ein politisches Wespennest geöffnet. Aber noch Überraschenderes sollte kommen. Gerade zwei Stunden war die Entscheidung der JPG bekannt, als Generalstaatsanwalt Néstor Humberto Martínez seinen unwiderruflichen Rücktritt verkündete, begleitet von einem bitteren Brief. In diesem stufte er die Entscheidung der JEP als „Herausforderung der Rechtsordnung“ ein, welche „eine falsche Tür öffnet, um die Auslieferung zu beschränken“. Er schloss mit einem Aufruf an die Bevölkerung „sich entschlossen zu mobilisieren für die Wiederherstellung der Legalität und die Verteidigung des Friedens“.

Dies wird nicht die letzte Episode in diesem Fall sein. Man wird noch sehen, welchen Kurs Martínez einschlägt nach seinem Ausscheiden aus der Staatsanwaltschaft. Und sicherlich wird Santrich bald seinen Sitz im Parlament einnehmen und als Abgeordneter agieren, nachdem er 13 Monate in einer Zelle in La Picota verbrachte. Bei all dem sind die Vorwürfe gegen den Ex-Guerrillachef weit von einer Klärung entfernt.

